

Sächsische Volkszeitung

Besuchspreis: Biertischlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Blatt. Umlage 10.00 M.
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. —
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Eingelegte: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die
Büro-Schallzelle 1.40 M., im Raumtelefon 2.50 M. Familienanzeigen 1.80 M. — Für unerlaubt geschriebene, sowie durch
Fremdersteller aufgegebene Anzeigen kommt wie die Bekanntmachung für die Richtigkeit des Zeitges nicht übernommen.

Friede auf Erden?

Die Weltwesen von Versailles haben ihr Werk gegen den ergründeten Widerspruch, dem es selbst in ihren eigenen Ländern bei denjenigen Teilen der Bevölkerung begegnete, welche sich noch einen harten Bild bewahrt und welche insbesondere einige aus der Geschichte gelernt haben, damit versteht, daß es geeignet sei, der Welt den Frieden zu sichern. Im Siegesrausche sind die Warnungen, die sich ja zudem bei der damaligen Stimmung auch nicht allzu sehr an die Oberfläche wagen durften, verhallt.

Wo aber ist nun der Friede auf Erden? Im Geiste der Abüstung, in welchem das neue Heilthier stehen sollte, stand die Welt von Westen. Nach einer Epoche blutiger Kämpfe, in welches ein Großteil der Erdbevölkerung verstrickt war, folgte nicht Ruhe, sondern weitere Ausweitung der Kriege. Das große Problem des Friedens, die Schaffung des Friedens, ist heute weniger als je gelöst. Der Osten steht in hellen Flammen, und man muß befürchten, daß, wie schon so oft in früheren Zeiten, ein von dort herüberfliegender Funke genügt, um von neuem die ganze Welt in Brand zu setzen. Versailles ist nicht der Anfang des Friedens auf Erden! Versailles ist vielmehr, und das erweist sich in immer stärkerem Maße von Stunde zu Stunde, der Grabstein für den Weltfrieden gerichtet. Wie er nicht weggerollt ist, ehe sein Alp von der Menschheit nicht verschwindet, eher ist an eine zu hohe frische Kraft, an ein Erdbeben williger und freudiger Kräfte der Erdbevölkerung nicht zu denken.

Ob es nicht eine falsche Hoffnung der Geschichte, gewissermaßen ein alk ausgleichender Gerechtigkeit, wenn das durch den Friedensvertrag zerstörte und abschließend ohnmächtig gewordene und gehässige Deutschland jetzt in diesem Augenblick einen weltpolitischen Faktor darstellt, dessen Größe und Gewicht wohl von den wenigenen und erkannt wird. Für Deutschland erwies sich heute vielleicht als ein Segen, was ihm zum Unsegen zugedacht war. Die geographische Lage Deutschlands fordert ja geradezu zum Tummelplatz für die Feinde fremder Völker heraus. Sie waren schon immer in der Lage, den Krieg aus ihrem eigenen Lande fernzuhalten und Herrscher und Kämpfer auf deutschem Boden zu suchen. Die Geschichte lehrt uns ja über diese deutschen Notzonen manch trauriges Kapitel. Nun aber verschafft die Neutralität das deutsche Land in eine unerwartet glückliche Situation. Ja, gerade die Tatsache, daß Deutschland heute noch nicht beim Völkerbunde ist, bedeutet unter den obwaltenden Umständen einen nicht zu unterschätzenden Vorteil. Wäre es anders, dann könnte Deutschland, ob es wollte oder nicht, in den Strudel der Ereignisse mitgezogen werden, was nun sehr vermeiden werden kann. Schon dieses Beispiel zeigt, wie gerade die Mittel, mit denen man Deutschland bestimmen und ausschalten wollte, heute gegen diejenigen sich wenden, die sie erdacht und angewandt haben.

Wenn der Brand im Osten keine dem gesamten europäischen Gesundheit gefährlich werdenden Wirkungen noch sich zieht, so ist das mit in erster Linie Deutschland und seinen jungen Haltung zu tun. Auch ein so ohnmächtiges, wehr- und waffenloses Deutschland, wie es sich heute der Welt darstellt, bedeutet, wie wir ja gerade dieser Tage erleben, einen gewaltigen Faktor in der Rechnung der Völker. Über ein seine Neutralität innehaltendes und zur Verteidigung dieser Neutralität entschlossenes Deutschland hinweg können auch die siegreichen Entente-Mächte ja schreiten nicht wagen. Das ist auch der tiefste Grund, warum die Entente eine militärische Hilfsaktion für Polen jetzt nicht unternimmt. Das geschieht nicht deshalb, weil sie angeblich des bolschewistischen Vormarsches zu spät kam, sondern deshalb, weil die Vergewaltigung der deutschen Neutralität, die ja an sich bei der heutigen Lage Deutschlands ohne Mühe zu brechen wäre, politische und insbesondere weltpolitische Konsequenzen von der allgemeinen Tragödie noch sich ziehen würde. Diese zu tragen, muß sich selbst das Kollegium von Versailles aufrütteln erklären. Schon die heile Wille Deutschlands zur unabdingten Wahrung seiner Neutralität und das streng neutrale Verhalten aller deutschen Soldaten in Deutschland sind Momente von größter überzeugender Wirkung. Es ist noch versucht, darüber zu sprechen, daß andererseits selbstverständlichweise eine derartige unbeküpfte Innenhaltung der Neutralität für Deutschland auch glänzende politische Wirkungen noch für jähren muss. Der Friedensvertrag von Versailles wird auf diese Weise allein durch den logischen Gang der Dinge und ohne unser eigenes Gutun einer gründlichen Wandlung unterzogen. Wie kann dieser Entwicklung um so ruhiger und gewisser entgegenstehen, als erster wie es mit unserer Verpflichtung nehmen. Wie werden die Freuden in der Welt erst die rechte Fahne weihen können, in die durch Versailles wahnsinnig nicht gekommen ist.

40. Generalversammlung d. Verbandes katholisch-laufmännischer Vereine

Der vom 6.—8. August in Dresden (Westhalle), dem Mittelpunkt des Katholikenbezirkes, stattgehabte 40. Kongress der katholisch-laufmännischen Vereinigungen Deutschlands gestaltete sich zu einer sehr schönen Kundgebung katholischen Lebens. Aus allen Teilen Deutschlands waren zahlreiche Delegierte erschienen, sogar aus dem katholischen Österreich hatte man Kosten und Mühe der weiten Reise nicht gescheut. Die Tagung wurde im Rathaus abgehalten.

Zum Begegnungabend konnte der Vorsitzende des R. V. B. Constantin, Herr Vorsteher Klages den neuen Bischof von Meißen, Herrn Dr. Joseph Klein, der eigens zu der Tagung herbeigeeilt war, begrüßen.

Über den Verlauf der Tagung berichtet die „Kölner Volkszeitung“ u. a. folgendes:

Der erste Sitzungstag wurde mit einem feierlichen Pontifikalamit in der Probststube eingeleitet. Im großen Saale des Rathauses begannen hierauf die Verhandlungen, zu denen sich mehr als 300 Delegierte eingefunden hatten. Im herzlichen Worten begrüßte der erste Verbandsvorsteher, Herr Weismantel-Köln, die Ehrengäste und Verbandsvertreter, besonders die zahlreichen Delegierten aus Österreich und den anderen gehörigen Weisen. Er eröffnete die Tagung mit einem Treuegelöbnis an das Vaterland. Zum ersten Vorsitzenden wurde auf Vorschlag der Verbandsleitung Stadtverordneter Kaufmann Hammer-Hanau a. R. und zum Stellvertreter Direktor Schulte-Gauernitz (Oberholz) gewählt. Die Gemäßten übernahmen die Leitung in der Auflösung, soß die Wahl eine Erhöhung für die gehörigen deutschen Grenzegebiet sein sollte und mit dem Wunsche, daß der Geist, der 40 Jahre den Verband geleitet, auch über dieser Tagung schweben möge.

In diesem hunderten Ansprache wandte sich Herr Bischof Dr. Klein an den Verbandsstag, die ihm am Vorabend ausgesprochene Segenswünsche und Wagnisse wiederholend und vertiefend: Halten Sie fest in diesen schweren Zeiten an den Grundsätzen der heiligen Religion und kämpfen Sie mit Ihrem Episkopat für die Verteidigung der katholischen Weltanschauung. Dann wird es in Zukunft um den Verband gut bestellt sein."

Viele Mitglieder des Episkopates, darunter Herr Erzbischof Dr. Schultz von Köln und der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Bertram, hatten Begegnungswünschen gefunden.

Universitätsprofessor Dr. Schmittmann-Köln hielt nun mehrere den ersten Vortrag über das Thema: Der katholische Verbeitsverein als Führer zum Aufstieg. Es ist das Unglück unserer Zeit, so führt er aus, daß man die Fragen des Volksgesetzes wie ein technisches Problem behandelt hat, statt zu bedenken, daß die menschliche Gemeinschaft ein Organismus ist, der sich nach den Gesetzen des organischen Wachstums entwickeln muß. Wie müssen daher zurückgehen auf die ersten und ursprünglichsten Gemeinschaften, auf Familie und Verstand. Diese lehnen uns großartig den Irren des Individualismus, der nur schrankenlose Macht des Einzelindividualismus gelten lassen will, und damit das Gemeinschaftsleben zerstört; andererseits lehrt sie uns den Irren des Sozialismus, der nur die Masse kennt und die Persönlichkeitrechte des einzelnen, sowie ein Recht und Familie vereint. Wenn wir auf eine bessere Wirtschaft und Pflege dieser ersten Gemeinschaftsform, auf die Familie und den Verstand hinarbeiten, dann werden Individualismus und Sozialismus ganz von selbst ersterben, wenn auch in der größeren Gemeinschaftsform, im Staate, der größere Ausgleich gefunden wird.

Herrn erläutert dann Wesen und Zweck der wahren Standesorganisation. Hier muß die konfessionelle Organisation ergänzt werden. Als solche steht der Verband nicht unter den rein wirtschaftlichen Organisationen, als andere gerichteter Zweckkörper, auch nicht gebildet daneben als gleichartiges Glied, sondern doch darüber, bildend ein neues Deutschland der sozialen Verbündung und Bruderschaft, der körperlichen und seelischen Vollkraft. Mit der Verfestigung des inneren Wertes unserer Organisation wollen wir eintreten in die Arbeit der neuen Zeit.

Als zweiter Referent sprach sodann der Abgeordnete Dr. Lewes-Eissen, der bis vor kurzem erster Vorsitzender des Verbandes war, über: Die wirtschaftlichen Fragen im Verbande des Handels. Einleitend kritisierte Redner die Verhandlungen in Spa und Lenné schaute deren Bedeutung für den deutschen Handel. Die deutschen Arbeiter, die deutschen Angestellten, das deutsche Unternehmertum, die deutschen Kaufleute werden Slaveleben niemals tragen. Wir wollen alle unsere wirtschaftlichen und geistigen Kräfte bis zum lehnen annehmen, um den Wiederaufbau Europas zu ermöglichen. Wenn aber in diesen Wiederaufbau nicht auch Deutschlands Wirtschaft und Deutschlands Kultur mit einzogen wird, dann ist Europa als Kultur erlosch, dann gibt es keinen Raum, der von Osten herauftreibt, dann führen Sieger und Sieger in den Abgrund, und deshalb kann und darf in Span das lebte Wort nicht gesprochen sein. Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß Gott dem Gedanken der europäischen Kulturgemeinschaft zum Siege verhilft, dann, aber auch nur dann wird der Weg frei, der die abgestorbene Völker zur Ruhe und in einen wahren Weltverbund zu führen vermag. Dann wird auch die alte Freiheit vorgehende Zusammenkunft die Möglichkeit schaffen, den Vertrag der Wiederummachungshandels zu finanziieren. Deutschlands Industrie und Deutschlands Handel könnte dann im Hunde mit den deutschen Arbeitern und Angestellten mit Zuversicht an ihre schwere, aber nicht hoffnungslose Aufbauarbeit gehen. Eine Voraussetzung hierfür muß allerdings noch geschaffen werden, die nämlich, daß von unseren amtlichen Stellen und von den regierenden Parteien eine handels- und industriefreundliche Wirtschaftspolitik betrieben wird, die nicht von parteipolitischen Erwägungen bestimmt verläuft wird. Weiter muß gezeigt werden, daß der Handel nicht ohne Grund über Vergleichung seiner Interessen steht. Wir bessern es, daß unter den größtmöglichen Völkerverein ansonsten wenig einzutreten zu finden sind, und daß insbesondere die uns naheliegende Nationalpartei nur einen einzigen Kaufmann und überhaupt keinen Angestellten unter ihren Mitgliedern gibt. Auch im vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist der Handel, insbesondere der Einzelhandel, zahlenmäßig durchaus ungünstig vertreten. Das im Reichswirtschaftsministerium ein durchaus handelsfreundlicher Geist herrscht, ist bekannt. Nur diese Tatsache macht eine Reihe von Vorgängen begreiflich, gegen die wir in Übereinstimmung mit dem gesamten deutschen Einzelhandel allerschärfsten Einspruch erheben. So ist die Ausschaltung des Einzelhandels seitens des Reichswirtschaftsministeriums bei einer ganzen Reihe von Maßnahmen eine flagrante Tatsache. Daingend erforderlich erscheint, um diese Zurückziehung des Einzelhandels ein Ende zu machen, die Schaffung eines Deutschen für Einzelhandelslagen im Reichswirtschaftsministerium.

Eine solche sachverständige Beratung würde auch dazu beitragen, daß endlich eine Reform der Buchergesetzgebung als notwendig anerkannt wird. Deruelle Handel hat selbst das grösste Interesse daran, daß das Volk vor wuchernder Ausbeutung geschützt wird. Das bishere Buchergesetz bringt bei jedoch nicht vermehrt, die wirklichen Bucher, Schieber und Kettenhändler zu lassen, während deruelle Handel unter ein Ausnahmegesetz gestellt ist. Wir fordern eine Reform der Buchergesetzgebung dahin, daß vor Erhebung einer Strafe Sachverständige zu hören sind, des weiteren, daß die Untersuchungshaft nur verhängt werden darf, wenn Fluchtverdacht vorliegt, Befreiung einer Untersuchungshaft, sowie die Abhandlung kleiner Vergehen lediglich mit einer Geldstrafe.

Die Sonderbelämmung zur Belämmung des Buchers gehört mit zu den unerträglichen Begleiterkrankungen der Zwangswirtschaft, die ja nun Gottlob als erlebt angesehen werden kann. Wir begrüßen den von der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten im Wirtschaftlichen Ausdruck des Reichstags eingebrochenen Antrag, die Benutzung sämtlicher Lebensmittel mit Ausnahme von Brötchen und Milch aufzugeben. Wir sehen darin die Erfüllung einer Forderung, die wir in Edmonds dessen, was dem deutschen Volle not tut, schon seit Jahren immer wieder gestellt haben, und beauftragen nur, daß ein solcher Antrag erst eingebrochen werden kommt, nochdem durch das kampfbare Rechtshilfes an einem völlig verschlissenen Wirtschaftssystem unerreichbare Schaden wirtschaftlicher und ethischer Art unter dem Volle erwachsen ist. Am Volle jeder staatlichen Bevorratung ist die Sonderbelämmung zur Belämmung des Handels anzustreben, die einschließlich der persönlichen Initiative des Kaufmanns die erforderliche Entwicklungsfähigkeit lädt, andererseits die gesetzlichen Voraussetzungen schafft, um Auswüchse des Handels wirksam zu beschränken. Der Einzelhandel ist entfloffen und bereit, die Versorgung der münzarm bemittelten Bevölkerung mit billigen und guten Waren und Verbrauchsvertriebenen bei niedrigster Preise zu liefern. Jede einzelne Reform des Gesetzes vornehmlich des Handels wird uns erlauben, die sozialen und gesellschaftlichen Organisationen mit den Wirtschafts- und den Verbrauchsvertriebenen bei niedrigster Preise zu liefern. Die meiste Dienstes des eigenen Verdienstes in die Wege zu leiten. Dennoch versteht der gesamte deutsche Einzelhandel nicht die Notwendigkeit eines systematischen Wirtschaftsbauens, durch den die unerträgliche Spannung zwischen der Kaufkraft des Einzugs und weiteren Kreisen der Betriebe und den Preisen der wichtigsten Bedarfsgüter beendet werden muss.

Die Tumultschäden, namentlich hier im Industriebezirk, sind ein warnendes Signal. Mit allem Nachdruck ist in diesem Zusammenhang zu fordern, daß das völlig ungünstige Tumultschädengebot abgelehnt wird. Den Tumultschädigten führt sie den anständig politischer Unruhen erwachten Schaden voller Freiheit, und wir müssen erwarten, daß der Reichstag in diesem Sinne so bald wie möglich eine Reform des Gesetzes vornimmt. Ferner verlangen wir, daß das Reichschaubehördenfahrt bestimmt und aus Reichsmitteln Voraussetzung an die Tumultschädigten gezahlt werden, damit diese ihre wirtschaftliche Erfahrung wieder aufbauen können. Insbesondere ist die Not einer Anzahl mittelständischer Betriebe, welche zu einer solchen Maßnahme zwinge.

Redner erwartet der laufmännische Mittelstand vom neuen Reichstag, daß er sich der während des Wohlkampfes von allen Parteien gemachte Versprechungen bewußt bleibt und keine Maßnahmen trifft, welche den Mittelstand in seinem Erfolgslampen belassen soll unterstützen. In dieser Hinsicht ist eine schwere Kritik der Hornsprach-Gesetzesordnung am Platze, die einen ausgeschlossenen mittelständischen Charakter trägt. Wir fordern, daß der Reichstag das Instrument der neuen Gebietsordnung hinausschafft, die Zwangsleistung gründlich löscht und die Hornsprachgebiete nach wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten unter besondere Bedürftigung der kleinen und mittleren Betriebe stellt.

Zum Schluß ging Redner noch auf den zwischen den einzelnen Gruppen der Industrie, des Großhandels und des Einzelhandels schwedenden Streit um die Lieferungsbedingungen ein und gab der Hoffnung Ausdruck, daß man sich in allen beteiligten Kreisen der gemeinschaftlichen Interessen bewußt bleibe und bei der Gestaltung der allgemeinen Verträge, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen auf die gegenseitigen Lebensnotwendigkeiten Rücksicht nimmt. Nur wenn die produktiven Stände von einem gründlichen Solidaritätsgefühl begleitet und geleitet werden, wird es möglich sein, die Voraussetzungen zu schaffen für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft.

In der Nachmittagssitzung fand eine eingehende Besprechung im Anschluß an das gehaltene Referat des Abg. Dr. Lewes statt. Außerdem noch einige Erklärungen betreffend Buchergesetzgebung, Tumultschäden und Gemeinschaftsanteile einstimmig Annahme gefunden. hielt Dr. Schüling, erster Vorsitzender des Verbandes, einen Vortrag über Angestelltenfrage. Das Studen des Verbandes sei, den Stand der Angestellten nicht nur äußerlich durch materielle Mittel, sondern auch innerlich zu erhalten. Wir wollen den ganzen Menschen erfreuen, in die Seele der Angestellten einzusteigen und in ihnen den Willen zur sozialen Tugend zu erhalten. Die ganze Kultur unserer Tage ist zu oberflächlich. Not und Sorgen verführen zur Jagd nach materiellen Dingen, man hat die Schönheit noch wahren, edlen Werken verloren. Die Angestellten sind zu 99 Prozent nur äußerlich erfaßt; ihre Anteilnahme an der Bewegung beschränkt sich auf materielle Interessen; ihr Sinn geht auf äußeres Erfolg und ist abgelenkt von den großen Fragen, die letzten Endes das Glück des Volles und damit auch des Standes entscheiden. Eine lebendige Welle innerlicher Erneuerung des Standes muß von uns ausgehen. Dazu gehören wie die reichen Mittel unserer christlichen Weltanschauung, unseres katholischen Glaubens. Diese Aufgabe gibt unserem Verband eine besondere Bedeutung.

Eine an das Referat sich anschließende längere, sehr angeregte Diskussion betraf hauptsächlich die politische Vertretung und parlamentarische Vertretung der selbstdändigen Kaufleute und Angestellten.

Die Hauptansage, welche der Tagung zur Abstimmung obliegt, handelt um am zweiten Verhandlungstage nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Verbandsangelegenheiten eine programmatische Zusammenfassung in einem Referat über den KV und die neue Zeit.

Aus den Erfahrungen längjähriger Verbandspraxis schöpfen und dabei vielfach zurückstehend auf die Gedanken, die schon in den gestrigen großen Referaten entwickelt worden waren, zielhafte Abg. De. Tawes in kurzen Strichen den Weg, den der Verband in Zukunft zu gehen habe. Der starke Widerhall, den der Bericht in den Delegierten fand und der zum Schluß in einer stürmischen Ratumungsendgebungen seinen letzten Ausdruck erhielt, zeigt, wie sehr man in den Verbandsstrukturen durchdringen ist von der Notwendigkeit, ihnen mehr noch als bisher gerecht zu werden.

Eine hierauf einsehende äußere lebhaft Aussprache fand ihren Niederschlag in folgender einstimmig angenommener Entschließung:

Die zur 40. Hauptversammlung vereinigten katholischen Kaufmännischen Vereine beschließen einstimmig, alle Kräfte einzusetzen, um den Friede ihres Zusammenschlusses, Pflege der Religion, Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des gesamten Kaufmanns- und Angestelltenstandes, zu verteidigen. Sie werden deshalb mit allem Nachdruck nachstehende Aufgaben übernehmen:

I. Auf dem Gebiete der Weltanschauung:
1. Vertiefung und Förderung d. religiösen Lebens der Mitglieder, insbesondere der kaufmännischen Jugend;

II. die Vertretung und Verteidigung der katholischen Weltanschauung im öffentlichen Leben;

III. Auf wirtschaftlichem Gebiete:

I. die Verbindung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens mit den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes;

II. die Vertretung der Standesinteressen im Sinne eines christlichen Solidarismus;

III. Erhaltung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Mitglieder durch a) wirtschaftliche Einrichtungen: Wirtschaftsdienst und Handel, b) Bildungsbestrebungen, c) Wohlfahrtseinrichtungen.

C) Auf politischem Gebiet:

1. Staatsbürgerschaftliche Erziehung der Mitglieder, namentlich der kaufmännischen Jugend;

2. Sicherung einer ausreichenden parlamentarischen Vertretung der Kaufmannschaft und der Angestellten.

D) Auf geselligem Gebiet:
Förderung und Pflege der deutschen Volks- und Familiengemeinschaft im Geiste christlicher Kultur."

Der letzte Verhandlungsgespräch stand das Jugendschein im Verbande. Sie hat hauptsächlich darunter gelitten, daß noch Unfreiheit besteht über die Stellung der Jugendabteilungen des KKV zu den Junglingsabteilungen. Wenn auch ein Abkommen zwischen beiden getroffen ist, so sind doch, wie Religions- und Überlebens-Hoheits, Kreis, Debat des Bodumer Vereins Konstantin, betont, noch Widerstände zu bestehen; es müßte auf Seiten der Sozialräte noch mehr erkannt werden, daß die Bildung von Gruppen für die kaufmännische Jugend im Interesse der katholischen Sache notwendig ist. Die Jugendschein im Verbande bedarf auch unbedingt eines neuen geistlichen Leiters und der erwartet und viel intensiver Unterführung der Verbandsmitglieder. Endlich muß die Sport- und Wandervereinigung (Wanderzug) im Geiste und in der Richtung der Gutsbordentreibungen gefördert werden. In der Hoffnung, daß es dringend geboten erscheine, die kaufmännische Jugend durch den KKV stärker zu ersparen, folgte sich der Verbandsitag mit dem Referenten ein.

Die Verhandlungen der beiden Tage waren durchzogen vom heiteren freundshafte Zusammengehörigkeit der Verbandsmitglieder aller Gänge. Fühlte es auch nicht an sachsenischen Verbindtheiten der Meinungen über die einzuschlagenden Wege bzw. anzuwendenden Mittel, so zeigte sich der Kongress doch einzig in dem Gefügesinn nach dem Prinzip, die Verbandsarbeit nach den in den Referaten vorgezeichneten Richtlinien zu vervollkommen. Die mannigfältigen Versammlungen, die ihnen die Tagung hierzu geboten hat, werden die Bezieher, davon darf man wohl überzeugt sein, in ihre Vereine hinzutragen und fruchtbare zu machen suchen. Der Stadt ihres 40. Kongresses und besonders der Bodumer Konstantin, die ihnen durch wohlgeführte gesellige Veranstaltungen den Austrahlung angenehm zu machen bestrebt war, aber werden sie ein freudliches Andenken behalten.

Ein Papst Benedikt XV wurde folgendes Telegramm gesandt:

Die 40. Hauptversammlung des Verbandes katholisch kaufmännischer Vereinigungen entbietet Em. Heiligkeit ehrfürchtigste Huldigung und verbindet damit das Gelübde unveränderter Treue zur heiligen katholischen Religion. Sie blickt zu Em. Heiligkeit in tiefer Dankbarkeit auf, da sie begeistert ist durch die treue Fürsorge für alle Katholiken des Weltalls im Kriege, die auch nach demselben ungemein weiter wickelt. Sie versichert Em. Heiligkeit, die von dem Gott der Völker auch für das wirtschaftliche Leben in dunkler Zeit uns der heiligen Religion so klar gezeigten Richtlinien treu beinhaltet.

Die sechs Matties

Roman von Igna Maria

(51. Fortsetzung)

Stinkt mög sie Christjuda ab und läßt ein Lächen mit Magdalenenseßer, dann war es wieder still im Baden.

Üblich tat sich bis zur auf. Hierin trat Hannes Brenneke. Annelen Herz fing an in rasenden Schlägen zu hämmern, ihre Knie zitterten. Hannes bot die guten Morgen und saß ernst und feierlich aus.

"Gind Lindemann zu Hause?"

Annelen nickte, zu sprechen vermochte sie nicht. Hannes ging geraden Weges durch die Tür ins Wohnzimmer.

Annelen mußte sich auf die offene Sodo-Schublade legen. Was wollte Hannes doch und am helllichten Werktagmorgen im Sonntagsanzug? Neue Kunden nahmen sie mit neuen Wünschen in Besitz. Annelen setzte die Bettler herauf, herab, wog aus, packte ein und dachte dabei bloß an Hannes.

August und Bertha Lindemann betrachteten den frischen Gast mit runden Augen.

"Ich hätte mit euch zu reben," sagte Hannes mit feierlichster Miene.

"Wollen wir nicht in die gute Stube gehen?" schlug Bertha vor, da sind wir umgestört." Und sie nüßte Hannes auf das steife, hochfeierliche Marijana-Sofa.

Hannes saß da wie eine Bildsäule und schaute die beiden mit seinen blauen Augen an. "Ich komme, um zu fragen, ob ihr mir zwei Kinder als Frau auf Brennede's Hof geben wollt."

August und Bertha sahen ihn in wortlosem Erstaunen an, und ihre Gesichter zeigten einen nicht gerade gefesteten Ausdruck. August stand zuerst die Sprache wieder. "Unser Annelen, Hans?"

Annelen vertreibt, der Vormund hat schon eingewilligt, und den Eltern ist sie als Schwiegereltern willkommen."

"Das Annelen," sagte Bertha, "unter Annelen auf Brennede's Hof. Wenn ich euch zu mir bringe, haben wir doch gar nichts mehr zu sagen." Sie hielt dem Bräutigam die Hand hin.

"Hast du auch bedacht, daß Annelen keinen Sohn hat?" fragt August Lindemann ein. "Ich meine, in einem solchen Falle soll man vorher keinen Tisch machen. Du erben hat sie auch nichts."

Hannes redete sich noch steifer. "Ich danke dir, August, für deine Offenheit, aber ich brauche ja nicht auf Geld zu sehen, und Brennede's Hof ist völlig schuldenfrei. Wenn das deine einzigen Gedanken sind —"

Der Stich auf Warschau

(Eigener Drahtbericht d. „Sächs. Volkszeitung“)

Paris, 9. August. Das "Echo de Paris" berichtet: Der sogenannte Angriff des Sowjetkampfes auf Warschau geht weiter. Die in der Gegend von Swietoszow und nachstehenden Dörfern haben eine Reichsabschaltung vorgenommen, um Warschau im Süden und Südosten einzutreten. Nach Moskauer Melbdungen wird die Einnahme Warschaus für spätestens Dienstag oder Mittwoch erwartet. Da ein Teil der sozialistischen Führer der polnischen Arbeiterklasse die Verbündung gegen die Russen als Pflicht betrachtet, hat sich eine Spaltung in der sozialistischen Partei vollzogen, wobei der radikale Flügel sich zu einer kommunistischen Partei revolutionieren wird. Lehtere Sozialisten rechnen mit dem Eingang der Russen in sehr kurzer Zeit und erklären, daß die Russen sofort in Warschau eine Sowjetregierung errichten werden. Wahrscheinlich hoffen diese Sozialisten auf die Bildung dieser neuen Regierung teilzunehmen. Nach einer Havas-Weldung ist Warschau noch immer der Ansicht, Polen sei noch weit entfernt von einer Riedelplage, und es könne durch rasche Steigerung seiner Heere seine Grenzen mit Erfolg verteidigen. Der polnische Vaterland schenkt am Rostkrieg endgültig gebrochen zu sein. Die Russen haben Praga in Besitz gelegt. Diese Ortschaft liegt am Südpunkt zweier großer Straßen und hätte, da das Vorgerinne keine Bedeutung für den Angreifer bietet, von einigen geschickt eingebauten Waffenstellungen befestigt werden können. Der russische Vorwärts geht südwärts gegen Bialystok. Mit der Einnahme dieser Ortschaft wird die wichtige Verbindung Warschau-Mazowa in der Mitte durchtrennt und nördlich die Umgehung Warschaus vollendet. Nach der Straße Pruszkow-Pława ist vorgesehene russische Kavallerie gemeldet. Die polnischen Kräfte, die bei Grabow halten, können von Chorzelin aus, das bereits besetzt ist, mit einer nördlichen Nebenflanke leicht umgangen werden. Nach einer Havas-Weldung ist eine heftige Schlacht zwischen Polen und Bolschewisten im Raum zwischen Mława und Łomża im Gange. Es verlaufen, daß die polnischen Verbündeten von Błotz aus vorbringen, um einen weiteren Vorstoß der russischen Roten Armee gegen den Unterlauf der Weichsel zu verhindern. Das "Journal" meldet heute aus Warschau: Ostrów liegt heute unter russischem Artilleriefeuer. Der Vormarsch der russischen Artillerie nach dem polnischen Korridor ist von Bialystok zum Stützpunkt gekommen.

Der polnische Heeresbericht gibt jetzt auch den Fall Ostrolens zu. Zwischen Ostrolens und Ostrów stehen die Polen mit den Russen in Schießstellung. Von Bialystok läuft die russische Infanterie längs des Bugs bei Wyklosz vor, um die beiden Stellungen Krakau und Pułtusk vom Süden her zu umgehen. — Die russische Oberste Heeresleitung meldet die Einnahme Ostrows, sowie die Besetzung von Wyjaz, unweit der deutschen Grenze, südlich von Orliskburg.

Warschau, 9. August. Es werden starke bolschewistische Truppenkontingente vor Warschau im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weiteren Angriff der Roten Truppen, um den Vormarsch auf die Hauptstadt zu verhindern.

Gens, 9. August. Der "Tempo" meldet: Die Russen haben den Übergang über den Narow fortsetzt. Nowy ist von russischen Vorstruppen besetzt worden. Zwischen den Narow und Bug ist eine neue russische Armee im Vorfeld.

Englisches Ultimatum an Rußland

(Eigener Drahtbericht d. „Sächs. Volkszeitung“.)

Rotterdam, 10. August. Die "Daily Mail" teilt mit, in der letzten Nacht wurden von Seiten der britischen Regierung nach folgende Formulare übergeben: 1. Die Sowjetregierung erkennt die Schulden an, welche die zaristische Regierung in Russland gemacht hat; 2. Die Sowjetregierung stimmt einer Konferenz zwischen den Russen und den Alliierten in London zu; 3. Die russischen Truppen werden bis zur ethnographischen Grenze Polens zurückgezogen; 4. Die Sowjetregierung gewährt völlig Austritt aus dem Staate Wrangel und seinen Truppen, wenn sie Russland verlassen. Wenn die Sowjetregierung diese Forderungen nicht billigt, so werde England die Blockade über Russland verstehen.

Direkte Verhandlungen mit Polen

(Eigener Drahtbericht d. „Sächs. Volkszeitung“.)

Königsberg, 10. August. Nach einem Moskauer Funkspruch an die Alliiertenregierung in Wyk ist die Sowjetregierung jede Verhandlungen mit der Entente ab. Alle Vorschläge der Alliierten seien überholt, da am 11. August mit den Polen in Minsk verhandelt werde.

London, 9. August. (Reuters.) Ein drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt: Die polnische Regierung teilt mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Minsk zu entsenden, um einen Waffenstillstand und Verträge abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Russland und Polen, auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens zu erfolgen.

Polnisches Angebot an die Tschechoslowakei

Prag, 9. August. Das tschechische Pressebüro meldet: Die polnische Regierung hat mit Rücksicht auf das Heraufkommen der russischen Roten Armee und die Bedrohung des Nachbarstaates den tschecho-slowakischen Staate das große Nachbar-Gebürtigkeit Ostrzes angeboten, wenn sich die tschechische Regierung bereit erklärt, sofort Waffen und Munition als Kompensation an Polen zu liefern.

am schnellsten und einfachsten durch unmittelbare Verhandlungen erreicht werden würde. Am Schluß des Telegramms gibt die bolschewistische Regierung den Überzeugung Ausdruck, die Alliierten würden anerkennen, daß die von ihnen angestrebten Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Minsk vollständig erreicht werden würden.

Kopenhagen, 9. August. In dem drahtlosen polnischen Telegramm, dessen Aufnahme die Moskauer Funktionärsen zunächst beweigten, heißt es nach Witterung der polnischen Regierung: In ihrem Verbrechen, alles zu tun was in ihrer Macht steht, um dem Kriege ein Ende zu bereiten, ist die polnische Regierung bereit, dem Vorschlag des Sowjetkampfes zu entsenden, um gleichzeitig über den Präluminar Frieden und den Waffenstillstand zu verhandeln. Die polnische Regierung glaubt auf Grund der Ablehnung der Sowjetregierung, einen regelrechten Waffenstillstand abzuschließen, daß sie die Pflicht hat, zum mindesten zu verlangen, daß alle aggressiven militärischen Operationen den beiden Seiten von Beginn der Verhandlungen an abgebrochen werden. Die polnische Regierung ist bei jedem Angriff auf Polen auf Grundlage gegen seitiger Anerkennung des unbestrittenen Rechtes der Nationen auf Selbständigkeit.

Das russische Verhandlungsprogramm

Warschau, 9. August. Die Sowjet-Regierung hat am Sonnabend abend von Moskau einen von Tschitscherin unterschriebenen Funkspruch an die polnische Regierung gesandt, in dem sie dies auffordert, am 9. August abends 8 Uhr auf der Chauffe Wissotski-Brest-Ostrow-Deklaration zu entenden. Die russische Regierung erklärt sich in dem Funkspruch bereit, auf der Grundlage der vollständigen Unabhängigkeit Polens in Verhandlungen einzutreten, in denen gleichzeitig die Friedensbedingungen festgelegt werden sollen. Nach einer Warschauer Melbdung hat die polnische Regierung nach der Beratung mit den aus Warschau wütenden Waffenstillstand-Delegierten beschlossen, die Antwort auf die polnische Note, in der bestimmte Bedingungen gestellt wurden abzuwarten, bevor die Friedensdelegierten nach Minsk entsendet werden. Die Sowjet-Regierung für eine vollständige Einigung mehrere Bedingungen, die in der Hauptstadt folgende sind: Teilnahme Russlands an der Frage der Meerenge und der Schiffahrt auf der Donau, Freiheit der Handelsbeziehungen für den Westen, Annäherung der Schulden des alten Kaiserreichs; die Sowjet-Regierung will ein, der durch Truppen- oder Verwaltungsmassnahmen der Bolschewisten des verbündeten oder neutralen Staatsangehörigen zugestellten Schäden zu erheben; die Anerkennung der Sowjet als einzige legitime Regierung Russlands; Verpflichtung für alle russischen Staatsangehörigen, von den diplomatischen Vertretern der Sowjet im Auslande Pässe zu erhalten; Verkehrsfreiheit der russischen Staatsangehörigen; bestreite Regierung in der östlichen Frage unter Verpflichtung der allgemeinen russischen und englischen Interessen. In englischen Kreisen betrachtet man diese Forderung als unannehmbar und sieht den Krieg mit den Sowjets als unabwendlich an.

Russisch-rumänische Verhandlungen?

Paris, 9. August. Nach einer Havas-Meldung hat die Sowjet-Regierung einen Funkspruch an die rumänische Regierung gerichtet, wonach sie sich bereit erklärt, Verhandlungen aufzunehmen, um die noch schwedenden territorialen und politischen Fragen zu lösen. Die Sowjetregierung schlägt als Verhandlungsort Charlkow vor.

Polnisches Angebot an die Tschechoslowakei

Prag, 9. August. Das tschechische Pressebüro meldet: Die polnische Regierung hat mit Rücksicht auf das Heraufkommen der russischen Roten Armee und die Bedrohung des Nachbarstaates den tschecho-slowakischen Staate das große Nachbar-Gebürtigkeit Ostrzes angeboten, wenn sich die tschechische Regierung bereit erklärt, sofort Waffen und Munition als Kompensation an Polen zu liefern.

Englische Geschwader in der Ostsee

Kopenhagen, 9. August. Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden mehrere Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Osten geschickt. Das Ziel ist angeblich Kopenhagen. Die Sowjet-Regierung schlägt als Verhandlungsort Charlkow vor.

Französische Besetzung des Korridors?

Gens, 9. August. Wie der Pariser Berichterstatter des "Kronen-Blattes" berichtet, denkt man in Paris einen Aufschwung an die militärischen Auseinandersetzungen ab, in denen die militärischen Gewalten Russlands und Polens gegen die militärischen Gewalten Frankreichs und Rumäniens kämpfen. Die militärischen Gewalten Frankreichs und Rumäniens werden, wenn sie sich vereinen, die militärischen Gewalten Russlands und Polens gegen die militärischen Gewalten Frankreichs und Rumäniens ausspielen. Die militärischen Gewalten Frankreichs und Rumäniens werden, wenn sie sich vereinen, die militärischen Gewalten Russlands und Polens gegen die militärischen Gewalten Frankreichs und Rumäniens ausspielen.

Furcht der Polen nach Danzig

Danzig, 9. August. In den letzten Tagen sind polnische Staatsangehörige in außerordentlich großer Anzahl nach Danzig geflüchtet. Die Hotels und Pensionate in Danzig sind infolgedessen vollkommen überfüllt.

Zusammenkunft der nordischen Ministerpräsidenten

Kopenhagen, 9. August. Konservative polnische Zeitungen melden, daß die Ministerpräsidenten von Schweden, Norwegen und Dänemark in Stockholm zusammenkommen, um die polnisch-nordischen Angelegenheiten zu erörtern.

Seit Bertha Hochzeit, als er mir half, an Lindemanns bei den Örtzlanden festhielt

"So lange können?" rief Hannes gerührt.
Annelen nickte mit erglühenden Wangen. "Heute darf ich es ja sagen, weil er mein Bräutigam ist, aber einen anderen als Hannes hätte ich nie zum Mann genommen."

Sonntag wird die Verlobung veröffentlicht," meinte Frau Rosa. "Die Leute im Dorf werden klagen machen, daß der alte Hausherr noch nicht den Bräutigam gefunden hat. Aber nun lauft wieder, damit ihr rechtzeitig zum Mittag kommt."

So wanderten die zwei Glückslichen zurück nach Lindemanns Hof, alßwo der gebrüderliche Thiel auf die Gäste wartete. Bertha hatte sich noch einen Pudding gemacht. "Es ist nun einmal Verlobung," lachte sie zu ihrem Mann. "Weißt du noch, August, als du bei der Mutter in der guten Stube saßst und um mich anhieltest?"

"Ob ich das noch weiß. Aber Verlobteketzen ist doch schön," meinte Hannes. "Die Schwiegereltern meinen, wir sollen Sonntag die Verlobung veröffentlichen, was meine ich?"

"Freilich, habt ihr schon über die Heirat gesprochen?"

"Nein," antwortete statt ihrer Hannes, "aber sobald es geht, vielleicht zum Frühstück."

Die Konferenz in Hythe

Paris, 9. August. Nach einer havas-Meldung aus Hythe konferierte Millerand und Lloyd George heute von 10 bis 12 Uhr. Die Verhandlungen wurden nachmittags fortgesetzt. Die Marschälle Foch und Wilson, sowie Admiral Beatty wohnten der Verhandlung bei, die der Präsident und Aufführung von Maßnahmen gewünscht war, die von den Alliierten gegen die Sowjetrussen vorgenommen werden könnten. Unter diesen Maßnahmen befindet sich die Blockade des Russlands und die Beweinbarung einer Delegation vor dem Reichstag und den Reichsräten Russlands, Polens, Finnland u. a. Von französischer Seite wird bemerkt, daß, wenn sich die Alliierten zur Blockade Russlands entschließen, die Handelsdelegationen nicht mehr in London zu tun hätten und daß eine Zwangsmöglichkeit dieser Art gegenüber einer Regierung nicht verstanden werden würde, die man zu gleicher Zeit in England dulde. Man hofft, heute nachmittags die abweichenenden Gesichtspunkte klären zu können. Millerand wird gegen 12 Uhr nach Paris abreisen. Lloyd George wird im Laufe des Abends nach London zurückkehren.

London, 9. August. Lloyd George hat sie 6 Uhr abends einen Ministerrat nach Downingstreet zusammenberufen, um seinen Kollegen die Lage zu schläfern.

Paris, 9. August. Polnisch Lloyd George und Millerand sollen Meinungsverschiedenheiten wegen der Verwendung von Truppen an der polnisch-sowjetischen Front entstanden sein.

Wie der Sonderberichterstatter der "Action Francaise" mitteilt, machen die Franzosen auf der Konferenz von Hythe positive Vorschläge, die darauf hinausgehen, die Besatzungstruppen von Oberholstein an die polnische Front zu entsenden. Darauf hätten die Engländer erwidert, daß Deutschland dagegen protestieren werde, ferner sollten Verhandlungen nach Rumänien geschickt werden, um von dort aus unter französischem Beschluß vorzurücken. Diese Verhandlungen sollten den französisch-englischen Besatzungstruppen entnommen werden, die sie in der Taktik befinden.

Paris, 9. August. Der "Tagesspiegel" meldet aus Paris, daß die Konferenz in Hythe auch heute Montag noch nicht beendet ist. Lloyd George wird, vermutlich Dienstag abend nach London zurückkehren. Das Blatt meldet weiter, daß in Hythe der Termin der Konferenz mit den Deutschen in Genf auf den 10. September verschoben wurde.

Paris, 9. August. Frankreich hat auf der Konferenz in Hythe folgende Garantien verlangt: 1. Militärische Garantien, über die Marshall Foch und Marshall Wilson, sowie Admiral Beatty haben, ferner verlangt Frankreich auch diplomatische Vergütungen. Die militärischen Garantien beruhen hauptsächlich darauf, daß Frankreich keine Truppen nach Polen schicken will, denn eine solche Truppenentfernung würde sowohl in Frankreich, als auch in England in der öffentlichen Meinung Anstoß erregen. Man würde insbesondere Gefahr laufen, daß darüber schwere Arbeitserneuerungen ausbrechen. Es handelt sich also, schreibt der "Matz", darum, unsere Kraft gegen Russland anzuwenden, ohne einen einzigen Soldaten hinzuziehen. Die wichtigste Sache ist die Blockade Russlands, und zwar die absolute Blockade unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten.

Basel, 9. August. "Journal du peuple" meldet: Die französischen Syndikalisten hielten am Sonntag in vielen Städten Versammlungen, in denen gegen jede aktive Unterstützung Frankreichs am polnisch-russischen Kriegs aufschärfe protestiert wurde. In Paris allein fanden 14 Versammlungen der Radikalen und gemäßigten Sozialisten statt. Es wurde eine gemeinsame Entschließung angenommen, derartige der Generalstreik erklärt werden soll, sobald es gelingt, daß Frankreich doch Truppen nach Polen gegen Russland führen würde.

Die englische Arbeitersparte gegen die Intervention

Eigener Drahtbericht b. "Sächs. Volkszeitung". Amsterdam, 10. August. Gestern abend fand in London eine außerordentliche Tagung des parlamentarischen Ausschusses der englischen Arbeiterspartei und der Gewerkschaftskommission statt, um zu den Verhandlungen von Hythe Stellung zu nehmen. Zwischen den sozialistischen Organisationen Großbritanniens und Frankreichs sind Vereinbarungen über gemeinsames Vorsetzen für den Fall, daß der Krieg gegen Sowjetrussland tatsächlich werden sollte, getroffen worden. In beiden Ländern wird bereits der Generalstreik vorbereitet. Die "Humanité" veröffentlicht ein Manifest, in dem es heißt: "Keinen Mann, keine Granate für das reaktionäre kapitalistische Polen! Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiterinternationale!"

"Entlassungen" Rostants

Warschau, 9. August. In einer Unterredung mit dem Vertreter der polnischen Republik "Rzeczypospolita" erklärte Rostant, er habe der polnischen Regierung die Originale dokumente über ein zwischen den Polen und Deutschland bestehendes Einverständnis überreicht. Die "Rzeczypospolita" sieht hinaus, daß Rostant für die Kopie dieser Dokumente gesorgt habe, die sie jedoch aus Rücksicht auf höhere politische Zwecke nicht veröffentlicht.

Warnung vor Einwanderung nach Russland

Moskau, 9. August. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetrepublik Tschechoslowakei gibt folgendes bekannt: Auf Grund einer Mitteilung des russischen Vertreters Rostant, daß Tausende von deutschen Auswanderern in der nächsten Zeit nach Russland übersiedeln könnten, wobei hierdurch bekannt gegeben, daß Transporte mit Auswanderern, ebenso wie einzelne Personen, die ohne vorherige Erlaubnis des russischen Sowjetregierungs und ohne die erforderlichen Papiere aus Deutschland unternehmen werden, bedingungslos von der russischen Grenze zurückgeschickt werden müssen. Der am 1. Juli von Stettin abgegangene Transport ist von den tschechoslowakischen Behörden übernommen worden und unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Lage der angekommenen Auswanderer, die in Zukunft der Einwanderung nach Russland ausgesetzt seien, die jedoch unter den gegebenen Umständen mit Schwierigkeiten zu rechnen haben werden.

Französische Heze

Genf, 9. August. Der "Tempo" treibt lebhafte Deutschen-Heze. Verstreuen wir nicht unsere Straße, schreibt er, wir werden Polen und den kommenden Frieden nicht in dem Korridor an der Weichsel sichern, sondern auf dem rechten Ufer des Rheins. Am Tage, an dem Berlin sich ernsthaft bedroht sieht, wird Moskau mahnen; aber so lange Berlin sich trotzig leistet, werden die Deutschen unzugänglich sein. Auch das "Journal" fordert einheitliches energisches Vorgehen der Westmächte gegen Deutschland.

Die Sowjetheerschafft in Galizien

Prag, 9. August. Gute Moskauer Funksprüche haben die in Galizien und im okkupierten polnischen Gebiete eingesetzten provisorischen Sowjets ihre Tätigkeit angenommen. Jeder Großgrundbesitzer, alle Fabriken, Banken oder sonst wie „menschliche Arbeit“ ausbeutende Betriebe wurden enteignet. Der galizische Revolutionärsrat erklärte die vollkommene Unabhängigkeit Ostgaliziens und forderte Westgalizien zum Anschluß auf. Präsident des Proletkulturausschusses ist Antoni.

Neuer polnischer Heze

Marlenwerder, 9. August. Aus Neidenburg wird gemeldet, daß in Soltau ein deutscher Zug von den Polen festgehalten wurde. Lokomotive und Zugpersonal wurden gewaltsam festgehalten und mußten die Lokomotive ohne Kraft loslassen. Das Personal wurde von den Polen vollkommen entkleidet. Die deutschen Beamten weigerten sich nun, den Zugverkehr zwischen der Grenzstation Großensoll und Soltau aufrechtzuerhalten, wenn nicht eine angemessene Behandlung der deutschen Bahnbaubeamten durch die Polen sicherstellt würde. — Nach einem Besuch der Wirtschaftsbehörden hat die polnische Landesregierung alle diejenigen, die Propaganda für Deutschland treiben, zu verhaften und sofort zu verhaften.

Verstärkung der oberschlesischen Besatzungstruppen

Basel, 9. August. Pariser Blätter melden, daß die französischen Besatzungstruppen um das Oppelle verstärkt werden soll. Die Truppentransporte für Oberschlesien sollen Anfang nächster Woche abgeben. Der "Tempo" meint, die deutsche Regierung sei von dieser neuen Bildung begleit. Verstärkung könne am Donnerstag unterrichtet werden.

Eine neue deutsche Note

Die deutsche Regierung hat, wie verlautet, an den Oberen Staat eine Note gerichtet, in der erachtet wird, daß in den Abstimmungsgebieten befürchtete Waffen- und Wundtionsmaterial nicht zu zerstören, sondern dort zu belassen, weil diese Materialien gegebenenfalls bei Unruhen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gebraucht werden, was um so nötiger ist, als diese Gebiete von dem übrigen Deutschland völlig abgeschnitten sind. Die Waffen sollen uns nicht ausgeliefert werden, sondern im Gewahrsam der internationalen Kommission bleiben und nur im äußersten Notfall zur Verfügung stehen.

Amerikanische Note an Japan

Haag, 9. August. Die Vereinigten Staaten haben an Japan eine Note gerichtet. Sie verlangt Sicherung der von Japan in Aussicht gestellten Rückumung des Besitzgebiets, Vorbehalte gegen die Fortführung der Besetzung des Vladivostokgebietes und enthält einen direkten Protest gegen die dauernde Besetzung der ganzen Insel Sachalin, die vor einem Monat durch Japan stattgefunden hat. Nach dem "Manchurian Guardian" wird Japan wahrscheinlich im Punkte Sachalin die Berechtigung einer Einmischung Amerikas bestreiten. Was die Besetzung der Mandatsküste und des Besitzgebiets betrifft, so erklärt die japanische Regierung, daß Amerika das Recht habe, hier mitzusprechen, weil diese Unternehmung gemeinsam von amerikanischen und japanischen Truppen gemacht worden ist. — "Eastern Service" meldet aus Tokio: Der Bruch zwischen der amerikanischen und der japanischen Schifffahrt ist endgültig. Die Amerikaner haben die Besprechungen abgebrochen und sich freie Hand vorbehalten.

Ein Italienerpogrom

(Eigener Drahtbericht b. "Sächs. Volkszeitung")

Rom, 10. August. Eine Meldung des "Newark Herald" folgt, daß in West-Crackfort (Illinois) ein durchaus italienischer Pogrom stattgefunden hat. Wegen der Ermordung zweier Italiener durch einen Sizilianer zerstörte die infende Menge das Italienviertel, wobei viele Italiener getötet und über Hundert verwohnzt wurden. Die italienische Kolonie, mehrere tausend Personen, mußte fliehen. Fünf Kompanien Bundesstrupps griffen ein, um die Ruhe wieder herzustellen. Eine Neworler Depesche des "Pressagger" besitzt die Zahl der getöteten Italiener auf 40. Es habe sich um ein wahres Pogrom gehandelt, wie es schwerlich nicht in Russland stattgefunden. Die Italiener waren gezwungen worden, die Sternenbanner zu lassen und seien dann geplündert und mit Knüppeln erschlagen.

Das mesopotamische Abenteuer

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Haag, 10. August. Aus London wird gemeldet, es herrscht hier große Aufregung über die Meldungen aus Mesopotamien, weil die Verbündeten der britischen Streitkräfte sehr ernst sind, als der Krieg amalische Division wurde sofort von Indien nach Mesopotamien abgeschickt.

Die gewaltamen Aushebungen in Deutschösterreich

In Deutschösterreich, namentlich in der Wiener Gegend, werden jetzt rechtliche Treibjagden auf die deutschen Gesteinskämpfer seitens der österreichischen Soldateska verübt. In Wien wurden sie, soweit sie nicht geflüchtet waren, von den Patrouillen nach 1/2 Uhr aus den Betten geholt. Die meisten Gesteinskämpfer konnten nach Bayern oder Sachsen entflohen. Die Straßen zeigen das Bild militärischer Belagerung. In Wien sind das Post- und Telegraphenamt, die politischen Verwaltungsbüros, das Gericht und der Bahnhof militärisch besetzt. Der Minister des Innern lehnte jede Verhandlung ab. Infolgedessen hat sich der Generalstreik noch verschärft.

Die Großeutsche Volkspartei in Österreich

Wien, 8. August. Hier fand die Konstituierung der Großeutschen Volkspartei statt, zu der sämtliche Länder Deutschösterreichs Vertreter entsandt hatten.

Zur Tagung der internationalen Finanzkonferenz

San Sebastian, 9. August. Der Börsenbundrat beschloß, daß die internationale Finanzkonferenz am 24. September in Brüssel zusammenstehen soll. Da Deutschland und die anderen ehemaligen feindlichen Staaten zu dieser Sitzung eingeladen werden, hat der Präsident der Konferenz den Antrag erhalten, sämtliche zwischen Deutschland und der Entente noch schweden Fragen nicht vorher zu behandeln.

Internationaler Protektorat gegen die Besetzung des Ruhrgebietes

(Eigener Drahtbericht b. "Sächs. Volkszeitung")

Roma, 10. August. Die Lage im Saargebiet ist unverändert. Der Zugverkehr ruht fast vollständig. Kurz vorab halten die Franzosen für ihren Bedarf und für die Kohletransporte einen mäßigen Bahnhofverkehr durch Feldbahnen aufrecht.

Zum Streik im Saargebiet

(Eigener Drahtbericht b. "Sächs. Volkszeitung")

Roma, 10. August. Die Lage im Saargebiet ist unverändert. Der Zugverkehr ruht fast vollständig. Kurz vorab halten die Franzosen für ihren Bedarf und für die Kohletransporte einen mäßigen Bahnhofverkehr durch Feldbahnen aufrecht.

Franfurt a. M., 9. August. Die "Frankfurter Zeitung" meint, daß über die Vorgänge im Saargebiet: Am Sonnabend wurde ohne jede Rücksicht der verschärfte Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verkündigt. Die Regierungskommission ordnete gegen eine ganze Reihe wichtiger Personen Haushuchungen und Verhaftungen, hauptsächlich gegen die Angehörigen des Preises. An. Von der Saarbrücker Zeitung werden ähnliche Bedauern bis auf zwei verhaftet, ebenso der Verleger des Blattes. Das gleiche ereignete sich bei den Saarbrücker Gewerkschaften und der sozialdemokratischen "Volksstimme". Nach in Privathandlung der betreffenden Gewerkschaften wurden Haushuchungen vorgenommen. Die Bevölkerung ist über die Verhältnisse der Regierung und des französischen Militärs empört. Sie bewahrt aber trocken Haltung. Der Vertreter des Saarlandes in der Regierungskommission von Bloch legt zum Protest gegen die Behandlung der ganzen Streitangelegenheit sein Amt nieder.

Zu den Reiseprozessen

London, 9. August. "Daily Mail" aufgrund einer Anzeige der Londoner Polizei auf Anstellung der Regierung damit beschäftigt, Augen zu vernichten, deren Nutzen für die in Leipzig anhängigen Verfahren gegen die Kriegsvergehen bestimmt wichtig seien. Die Beamten besuchen die einzelnen Städte im Vereinigten Königreich, wo die Augen, frühere Soldaten oder Seelenleute, wohnen.

Zusammensetzung der Heereskammer

Berlin, 9. August. Heute vormittag 11 Uhr trafen im Reichswehrministerium zum ersten Male die neu gewählten Mitglieder der Heereskammer zusammen. Der Reichswehrminister Dr. Gehriger begrüßte die Kämmerer mit warmen Worten, wobei er auf die Schwierigkeiten hinwies, unter denen die Wehrmacht zu arbeiten habe, die aber durch treue Zusammenarbeit aller Angehörigen der Wehrmacht untereinander und mit der Bevölkerung

überwunden werden mühten. Ende August oder Anfang September wird sich die Heereskammer mit dem Entwurf zum Reichswehrgebot zu beschäftigen haben.

Wieder neue Wemter

Berlin, 9. August. Der "Tägl. Rundschau" aufgrund ist die Schaffung eines neuen Reichsbehörde, einer "Telegraphentechnischen Reichsamt", in Aussicht genommen. Das neue Amt beansprucht erhebliches Personal und viel Raum, und man bedauert, ihm eine seiner Wichtigkeit und Bedeutung entsprechende Stellung zu geben, ähnlich wie sie etwa das Patentamt und die Post-technische Reichsbehörde innehaben. Die neue Behörde wird das bisherige Telegraphische Verwaltungsbüro, das Telephonapparateamt, das Funkenbetriebsamt und das Fernsprechlinienbüro umfassen.

Zur Schulessen

Berlin, 9. August. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Stresemann und Genossen, haben zur Reichschulgesetzgebung einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu erlauben, mit größter Geschwindigkeit die Abteilung 8 des Reichsministeriums des Innern zu einem Reichsschulamt auszugehören, damit die neuen Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens verfassungsgemäß überliegenden Aufgaben systematisch in Angriff genommen und durchgeführt werden, ferner die Reichsregierung zu erlauben, Erwiderungen darüber anzustellen, ob bei der Wichtigkeit der Reichschulgesetzgebung und der verfassungsgemäßen Aufgaben des Reiches auf dem Gebiete des Schulwesens nicht die Bildung einer Reichs-Kulturrat am 8. August dem Reichstag vorgelegt, in der die dem Reich verfassungsmäßig zustehenden reichsgerichtlichen Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens überblicklich zur Darstellung kommen.

Neuer Preisprung

(Eigener Drahtbericht b. "Sächs. Volkszeitung")

Stuttgart, 10. August. Überalligen Meldeungen folge ist die Schaffung eines neuen Reichsbehörde, einer "Telegraphentechnischen Reichsamt", in Aussicht genommen. Das neue Amt beansprucht erhebliches Personal und viel Raum, und man bedauert, ihm eine seiner Wichtigkeit und Bedeutung entsprechende Stellung zu geben, ähnlich wie sie etwa das Patentamt und die Post-technische Reichsbehörde innehaben. Die neue Behörde wird das bisherige Telegraphische Verwaltungsbüro, das Telephonapparateamt, das Funkenbetriebsamt und das Fernsprechlinienbüro umfassen.

Spartakistische Mordtat

Berlin, 9. August. In den Tagen des Kapp-Putsches vom 18. März verschwand der Leutnant Wilhelm Schmidt aus Erfurt. Später wurde er in Gotha erschossen aufgefunden. Die Nachforschungen der Erfurter Sicherheitspolizei ergaben, daß Schmidt am 18. März bewaffnete Spartakisten in die Hände gefallen war. Diese verliehneten ihm nach Gotha und er schoss ihn "stark blutig" auf dem dortigen Friedhof. Die Täter konnten sehr in zwei Arbeitern aus Gotha ermordet und festgenommen werden. Der eine gibt zu, daß er auch einen Reichswehrsoldaten erschossen hat.

Keine Nachrichten

Reichskanzler Gehrenbach hat sein Amt als Stadtrat der Stadt Freiburg, das er 20 Jahre lang innegehabt hat, niedergelegt. Viehdührung am 1. September. Auf Grund der geistlichen Verhinderungen findet am 1. September im Deutschen Reich eine Viehdührung statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers auf Hindewien, Schafe, Schweine und Rogen erstreckt. In Braunschweig werden auf Grund der mindestens 10 Minuten Anmeldung am 1. September auch die Pferde ohne Militärpferde mitgezählt. Eine Fährtung des Heideviehs sowie der Kaninchen findet diesmal nicht statt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dellius hat folgende Anfrage gestellt: Es besteht noch eine Reihe von Gefangenlagern, die teilweise nur zum kleinen Teil belegt sind. Die Vermögenslage dieser Lager erfordert unverhältnismäßig hohe Kosten. Um Erparisse zu erzielen, ist es dringend notwendig, die Zahl der Lager zu verringern und die vorhandenen Gefangen in wenigen Tagen zu verarbeiten. Ist die Regierung bereit, nach dieser Richtung bis Schritte zu unternehmen? Ein großer Teil der bei den Gefangenlagern tätigen Angestellten soll jetzt auf Drängen der Haftanstaltendirigenten in ein festes Sammelverhältnis übernommen werden. Eine solche Maßnahme wäre nicht zu rechtzeitigen Räumen die Regelung dieser Zustand erzielen? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Nachrichten aus Sachsen

Aushebung des Belagerungszustandes über Zittau

Da in der Zittauer Gegend allgemein wieder Ruhe und Ordnung herrscht, hat die Regierung für den Bezirk der Amtschäftsmaatschaft und der Stadt Zittau den Belagerungszustand gestern Montag, den 9. August, mittags 12 Uhr ansetzt gelegt.

Der Stab der Reichswehrbrigade

— Schirgiswalde. Sonntag den 22. d. M. soll, wie uns von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, eine Sängergala zum ersten Mal im Hotel Erdgericht Schirgiswalde veranstaltet werden. Diese Zusammenkunft der Sänger von 14 Vereinen tritt an Stelle der vor dem Kriege abgehaltenen Kreisländerstage. Es ist leider infolge der hohen Kosten nicht möglich, den Sängertag in althergebrachter Weise, bestehend aus Feierzug u. co., zu veranstalten. Um aber das schöne deutsche Lied, welches die Herzen aller hebt und berührt, weiterhin zu ehren und zu pflegen, so ist von den Vereinen beschlossen worden, den Kreisländerstag in Form einer Sängergala zusammenzutragen. Alle dem Kunde angehörenden Vereine haben ihr Geschäftsbüro bereits zugesagt, so daß ungefähr 400 aktive Sänger hier zusammenkommen werden und gemeinsam ein Konzert geben. Das Konzert, wo Maßnahmen, Einzel- und Gruppen gesang gegeben werden, ist öffentlich, so daß ein jeder an dem Herrlichen, was da geboten wird, sich einige genussreiche Stunden verschaffen kann. Der Eintrittspreis ist auf niedrigste festgesetzt, um allen die Möglichkeit zum Besuch dieses selten schönen und umsangerischen Konzertes zu geben.

Aus Dresden

— Lebensmittelartenbeschreibung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

— Kartoffeln abnehmen! Nachdem auf dem Kartoffelmarkt während der letzten Wochen die Nachfrage bei weitem das Angebot überstiegen hatte, macht es seit kurzem wieder große Schwierigkeiten, die eingehenden Mengen bei den Verbrauchern unterzubringen, obwohl für die laufende Woche insgesamt sieben Pfund auf den Kopf ausgeschrieben sind. In eigensten Interessen der Bevölkerung wäre dringend zu wünschen, daß diese endlich einmal mehr als bisher über die Grundzüge der Kartoffelversorgung klar würde und danach ihr Verhalten einrichte. Der Kartoffelbedarf ist gegenwärtig infolge der Knappheit anderer Lebensmittel noch immer fast dreimal so groß, als vor dem Kriege. Es ist ausgeschlossen, für eine Großstadt wie Dresden die Kartoffeln so anzurollen zu lassen, so zu Seiten verhindert. Haltbarkeit zu erhalten, wie der Verbraucher sie jeweils für einige Tage abnehmen beliebt. Das gilt besonders für Frühkartoffeln, die infolge ihrer Empfindlichkeit in größeren Mengen nicht aufbewahrt werden können. Wahrscheinlich für das Entfernen der Kartoffeln am Verbrauchsort ist in erster Linie, wie der Erzeuger die Arbeitskräfte zur Ernte und Verladung, sobald, wie die Eisenbahn die Wagen verfügbar machen kann, ferner die Rüttierung und der Stand der Wege an den verschiedenen Erzeugungsorten. Dagegen kann auf den augenblicklichen Bedarf des Verbrauchers bei der Verladung erst in zweiter Linie Rücksicht genommen werden. Selbstverständlich bemüht sich das Lebensmittelamt mit allen Kräften, durch ständige Einwirkung auf die Verlader die Eingänge so zu gestalten, daß sie einerseits der Nachfrage genügen, andererseits die Mengen nicht übersteigen, die nach Anzahl des Einganges abgefertigt werden kann. Die Möglichkeit zeigt aber immer von neuem, daß dieses Ziel nur selten zu erreichen ist, weil die angekündigten Schwierigkeiten entgegenstehen. Werden nun die eingehenden Mengen von den Verbrauchern nicht vollständig abgenommen, so ist es der Stadt bei der Empfindlichkeit der Frühkartoffel nicht möglich, sie auszuherrichten. Sie müssen entweder mit großen Kosten getrocknet oder, soweit sie infolge der verhängten Abnahme verstanden sind, als Viehfuß verkauft werden. Für die so der Haltbarkeit entsprechenden Frühkartoffeln nachdrücklich bei Bedarf Ertrag zu erhalten, ist meist nicht möglich. Die Nachfrage für die Verbraucher besteht darin, daß sie bei dem in der Regel bald nach Überfluß eintretenden Mangel keinen Vorhalt haben, ferner, daß sie als Steuerzahler die Verluste mitzutragen haben, die unter allen Umständen durch das kostspielige Trocknen und den Windhöhlens bei Verlauf von Spesen als Frühkartoffeln oder gar durch völliges Verderben entstehen. Bisher sind alle Lehren über die Pflicht des Verbrauchers, bei reichlichen Eingängen sofort und respektlos die ausgeschriebenen Mengen abzunehmen, den Verbrauch anderer haltbarer Lebensmittel zugunsten des Verbrauches der Kartoffeln einzuschränken und sich einen gewissen Vorhalt an Kartoffeln zu schaffen, völlig fruchtlos geblieben. Es würde von einem bedauerlichen Man-

gen an Einsicht zeigen, wenn trotz aller Ausklärung hierüber die große Menge der Verbraucher nicht endlich ihr Verhalten änderte. Die Büstände vor wenigen Wochen, wo bei reichlichem Eingang von Frühkartoffeln trotz aller Warnungen die Abnahme fast ganz fehlte, um bei dem gleich darauf folgenden unausbleiblichen völligen Ausbleiben von Kaufmännern entsetzlich Schreien über das angebliche Ver sagen der Behörde Platz zu machen, sollten doch nicht so rotz in Vergessenheit geraten. Was der Einzelne kann: den Verbrauch an Kartoffeln etwas zu erhöhen und außerdem sich einen kleinen Vorhalt einzulegen, kann die Stadt nicht. Das Lebensmittelamt muß die Verantwortung ablehnen, wenn in Kürze wieder Mangel eintrete infolge der Unbeherrschbarkeit der Bevölkerung.

— Pfarrer Seidler vom Seelsorgsamt Dresden-Tonna ist mit der Worte angedenkenden Vereine haben ihr Geschäftsbüro bereits zugesagt, so daß ungefähr 400 aktive Sänger hier zusammenkommen werden und gemeinsam ein Konzert geben. Das Konzert, wo Maßnahmen, Einzel- und Gruppen gesang gegeben werden, ist öffentlich, so daß ein jeder an dem Herrlichen, was da geboten wird, sich einige genussreiche Stunden verschaffen kann. Der Eintrittspreis ist auf niedrigste festgesetzt, um allen die Möglichkeit zum Besuch dieses selten schönen und umsangerischen Konzertes zu geben.

worden sind, erreichten die Freimaurer „Mutterverein dominicalis infantilis“ (sonntägliche Kindertagesstätte), die an deren Stelle treten sollen.

An diesen Tatsachen darf man nicht achtsungslos vorübergehen. Bei der Beendigung des Weltkriegs hat augenscheinlich die Freimaurerei einen starken Aufschwung genommen, um ihre Macht an die Stelle der Kirche zu legen. Besondere Verbindungen dafür scheinen sie in den anglikanischen Ländern gefunden zu haben. Das unterste Pfarrergesetz von Humanität, Weltverbrüderung, Freiheit und Demokratie, das mit der Weltlichkeit in einem so sinnelosen Gegen falle steht, hat ihr ja möglich vorgearbeitet. Die Völker der Welt leben zum größten Teile in einem solchen geltigen Nebel, daß sie bis in ihren Ursprung nicht zu entbeden vermögen. Und sie den englischen Kapitalismus ist die Freimaurerei die beste Heiligtum, die es sich denken kann, wie Frankreich ihm dies so schön vor demonstriert hat. (Kdm. Volkszeitung)

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

— Dresden. Angeregt durch den Kathol. Frauenbund hat sich in Dresden eine Gruppe kathol. Kriegswitwen gebildet, die im „Landesverband der Kriegsheimkehrerinnen in Sachsen“ als Gruppe II angegliedert ist. Ihre Zusammenkünfte finden jeden zweiten Donnerstag im Monat, abends 1/2 Uhr, im Rath. Gesellenhaus, Ritterstraße 4, I. statt. Die Geschäftsführerin des Landesverbandes und die Vorsitzende des Kathol. Frauenbundes geben an diesem Abend den Mitgliedern Rat in allen wirtschaftlichen und geistigen Angelegenheiten. Der Landesverband hält außerdem in seiner Geschäftsstelle, Paulsstraße 7, III., täglich von 1/2 bis 12 Uhr Sprechstunden ab.

— Dresden. A. G. V. Mittwoch, den 11. August abends 8 Uhr Versammlung der Schulpflichtigkeiten.

Zur Ausbreitung der Freimaurerei

Meldungen von verschiedenen Seiten lassen erkennen, daß in der ganzen Welt die Freimaurerei eine ganz außergewöhnliche Zunahme zu verzeichnen hat. Die Zeitschrift „Amerika“ (Juni 1920) hat darüber Angaben zusammengefaßt, welche den Stand im Dezember 1919 bezeichnen.

An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 51.000.000 Logen mit einer Mitgliedszahl von 2.086.808. Die stärkste Großloge ist die von New York, der 872 Logen mit 202.777 Mitgliedern umfassen. Die kleinste ist die von Nevada mit 22 Unterklogen und 2078 Mitgliedern. An zweiter Stelle steht Großbritannien mit 5130 Logen und einer Mitgliedszahl von 327.746; England ist davon beteiligt mit 3342 Logen und 240.000 Mitgliedern, Schottland mit 1158 Logen und 88.745 Mitgliedern, Irland mit 530 Logen und 18.000 Mitgliedern. Australien hat sieben Großlogen, 102 Privatlogen und eine Mitgliedszahl von 74.733, Kanada zählt neun Großlogen, 1067 Privatlogen mit einer Mitgliedszahl von 118.118.

Was England und Irland betrifft, sind die angegebenen Zahlen nur annähernd festgestellt, in den meisten Vereinen haben seit Dezember 1919 sich Logen und Mitglieder stark vermehrt. Nicht mitgenommen sind die ausgedehnten Freimaurerorganisationen in den englischen Kolonien, in Indien, Neuguinea usw. Die Zunahme der Freimaurer an Mitgliedern und Erteilung höherer Grade während des vergangenen Jahres ist ohne Vergang.

Auch in Südamerika hat die Freimaurerei gewaltige Fortschritte gemacht. Wie die Korrespondenz „Gothit“ (30. Juni 1920) mitteilt, hat zum Beispiel in Chile die Freimaurerei eine Gesellschaft für Elementarunterricht gegründet, welche den ganzen Schulunterricht unter ihre Gewalt bringt soll, um jeden religiösen Einfluss aus den Schulen auszuschalten. Diese Gesellschaft soll sich auf alle Staaten von Latein-Amerika erstrecken, mit dem Ziel, den religiösen Charakter aller Schulen in den verschiedenen Staaten zu beseitigen. Da den lat.-amerikanischen Schulen entgegenzuwirken, die von katholischen Geistlichen gegründet

Briefkasten

Großenhain, W. Gr. Wenden Sie sich in beiden Vereinsangelegenheiten an Herrn Dipl. Dr. Jacobus, Dresden, Schloßstraße 32.

Sport

Voraussagen

Bremen, 11. August, 2^{1/2} Uhr nachm.: 1. Sperber, Schipper; 2. Kolmne, Arlemis; 3. Oegentind, Neuerbad; 4. Uysch, Vom, Frei; 5. Floris, Tantalus; 6. Reh, Gebhard; 7. Motorotherr, Metronom. Crefeld, 11. August: 1. Mitropa, Mori; 2. Bummel, Kronos; 3. Sabazu, Eigenlob; 4. Hellesbarde, Elf; 5. Turban, Eleganz; 6. Bob, Mori; 7. Gallien, Wolfram.

Verantwortlich für den verhältnisse Kettl. U. Berlin. — König: für den Instrumental: Peter Schröder. — Und und Verlag der „Saxonia-Gesellschaft“ G. m. b. H. zu Dresden

Dresdner Kurse vom 10. Aug. 1920

Ohne Gewähr.

Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Dresden, Prager Straße.

Deutsche Staatspapiere		Papier- und Photo-Aktien
8	Reichsanleihe	10 Chromo Altenburg
8 1/2	do.	12 Dr. Chromo, Kunstd.
4	do.	18 Braemann
5	do.	10 Ica, A.-G.
8	Sparprämienanleihe	20 Hassendorfer Papierf.
8	Sächs. Rente	88,00G
Stadt-Anleihen, Pfand- und Hypotheken-Briefe		Brauerei-Aktien
8 1/2	Dresdner von 1878	8 Jürgens
4	1900/08	18 Erste Kulmbacher
4	1918/18	6 Petz-Brau
4	Chemnitzer v. 1906	0 Zimmermann
8 1/2	Lausitzer Pfandbr.	161,00
8 1/2	do.	40 H. & A. Hoher
8 1/2	Lausitzer Kreditbr.	286,00G
4	do.	20 Parafit
9	Bank-Aktien	188,75B
9	Ade-Aktien	18 Großen, Webstuhl
9	Chemn. Bank-Verein	6 Lauchhammer
12	Commers u. Priv.	12 Sächs. Gußstahl
9	Deutsche Bank	288,50G
7 1/2	Dresdner Bank	8 Hartmann
2 1/2	Lübecker Bank	6 Sondermann & Stier
2 1/2	Sachsenbank	188,25G

Verzogtweile: Wiss. Ausgabe 2 9.15. — Die Sächsische Postzeitung

etwas für die verantw. Zeitung

zu können.

Von heute für

Ruhrlands immer

nahm, daß sie

höhere Anzahl von

Basis weniger ab

diesem Bewegung

wärts trifft, so

heute Mützen,

bei die böhmisches

der Weltbewegung

zu können.

Die Siege

seiner bedeutend

mehr, daß nicht

Koppen haben,

gegen den Polen

der nationalen

sich den Polen mit

eigenen Weg

gräfevolutionäre,

lich der russischen

die Hoffnung

an ihn glauben,

als Wengen in

keine nicht ausge

Reformvorstellungen

Würde die

Vertriebspost haben

sie zu

isch a f l i c h

bemüht man dar

und vor allem die

freie Vertretung

zigen böhmisches

der Polenangehö

den wir in ihrer

englischen

abwanderer

losigkeit und doch

wie sie erst dem

auch demokratische

schönheits doch

zum Abfall des

ihren Teil dazu

nach dem zeit

steigt, wann die

Solidarismus

der denen Polen ein

weiteren zu einem

heilige G

Wir Deutsche

Topf und halten

hier gerade in den

zu den Tren

blecke Wichtigkeit zu

Leidet gegeben, de

geht.

Diese ganze

gleichen, wenn der

nicht. Daß das

Deutschlands Meut

parttransports ihrer

ist die Stimmen

deutschen Frage

ges wird mit der

</div